

# TE OGH 2021/9/29 130s86/21b

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 29.09.2021

## Kopf

Der Oberste Gerichtshof hat am 29. September 2021 durch den Senatspräsidenten des Obersten Gerichtshofs Prof. Dr. Lässig als Vorsitzenden sowie die Hofrätin des Obersten Gerichtshofs Mag. Michel, den Hofrat des Obersten Gerichtshofs Dr. Oberressl und die Hofrätinnen des Obersten Gerichtshofs Dr. Brenner und Dr. Setz-Hummel LL.M. in Gegenwart der Schriftführerin Mag. Vizthum in der Strafsache gegen \*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* wegen des Verbrechens des gewerbsmäßig durch Einbruch begangenen schweren Diebstahls durch Einbruch nach §§ 127, 128 Abs 1 Z 5, 129 Abs 1 Z 2 und 3, 130 Abs 2 (erster und zweiter Fall iVm Abs 1 erster Fall) StGB über die Nichtigkeitsbeschwerde und die Berufung des Angeklagten gegen das Urteil des Landesgerichts Korneuburg als Schöffengericht vom 28. Mai 2021, GZ 601 Hv 4/21w-97, nach Anhörung der Generalprokuratur in nichtöffentlicher Sitzung den

Beschluss

gefasst:

## Spruch

Die Nichtigkeitsbeschwerde wird zurückgewiesen.

Zur Entscheidung über die Berufung werden die Akten dem Oberlandesgericht Wien zugeleitet.

Dem Angeklagten fallen auch die Kosten des bisherigen Rechtsmittelverfahrens zur Last.

## Text

Gründe:

[1] Mit dem angefochtenen Urteil wurde \*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* des Verbrechens des gewerbsmäßig durch Einbruch begangenen schweren Diebstahls nach §§ 127, 128 Abs 1 Z 5, 129 Abs 1 Z 2 und 3, 130 Abs 2 (zu ergänzen: erster und zweiter Fall iVm Abs 1 erster Fall) StGB schuldig erkannt.

[2] Danach hat er fremde bewegliche Sachen in einem insgesamt 50.000 Euro übersteigenden Gesamtwert anderen durch Einbruch mit dem Vorsatz weggenommen, sich durch deren Zueignung unrechtmäßig zu bereichern, wobei er die Taten (unter Erfüllung der Kriterien des § 70 Abs 1 Z 3 erster Fall StGB) in der Absicht ausführte, sich durch die wiederkehrende Begehung von Diebstählen durch Einbruch an Sachen, deren Wert 5.000 Euro übersteigt, längere Zeit hindurch ein nicht bloß geringfügiges fortlaufendes Einkommen zu verschaffen, und zwar

(I) im einverständlichen Zusammenwirken mit dem abgesondert verfolgten \*\*\*\*\* B\*\*\*\*\* durch Aufbrechen von Baucontainern

1) am 14. Juni 2018 in O\*\*\*\*\* Baumaschinen, Werkzeug und Zubehör

a) Berechtigten der I\*\*\*\*\* GmbH im Wert von 17.500 Euro und

b) Berechtigten der \*\*\*\*\* T\*\*\*\*\* GmbH im Wert von etwa 100 Euro sowie

2) am 16. Juni 2018 in S\*\*\*\*\* Baumaschinen, Werkzeug und Zubehör

a) Berechtigten der \*\*\*\*\* T\*\*\*\*\* GmbH im Wert von 12.100 Euro und

b) Berechtigten der H\*\*\*\*\* GmbH im Wert von 2.502,92 Euro, weiters alleine

(II) zwischen dem 29. Juni 2018 und dem 2. Juli 2018 in M\*\*\*\*\* Berechtigten nachgenannter Unternehmen Werkzeug durch Aufbrechen des Vorhängeschlosses einer Baustelleneinfahrt und Aufbrechen von sechs Baucontainern, und zwar

1) des Unternehmens G\*\*\*\*\* im Wert von 10.240 Euro,

2) des Unternehmens Sch\*\*\*\*\* Dachbau im Wert von 3.805 Euro,

3) der Ho\*\*\*\*\* GmbH im Wert von 10.690 Euro,

4) dem Unternehmen W\*\*\*\*\* im Wert von 800 Euro und

5) der SLA \*\*\*\*\* GesmbH & Co KG im Wert von 2.920 Euro,

(III) in der Nacht auf den 10. Juli 2018 in W\*\*\*\*\* Berechtigten der Gü\*\*\*\*\* Werkzeug im Gesamtwert von 14.500 Euro durch Aufbrechen eines Lagerraums und zweier Baucontainer sowie

(IV) in der Nacht auf den 31. Juli 2018 in T\*\*\*\*\* Berechtigten der E\*\*\*\*\* GmbH 4.400 kg Kupferkabel im Wert von rund 5.280 Euro durch Aufbrechen des am Baustellenzaun angebrachten Schlosses.

### **Rechtliche Beurteilung**

[3] Dagegen richtet sich die aus Z 5, 10 und 11 des § 281 Abs 1 StPO erhobene Nichtigkeitsbeschwerde des Angeklagten.

[4] Entgegen dem Einwand offenbar unzureichender Begründung (Z 5 vierter Fall) der Feststellungen zur subjektiven Tatseite in Bezug auf das Übersteigen der Wertqualifikation bei den jeweiligen Angriffen (US 4 f) begegnet deren Ableitung aus dem objektiven Geschehen (US 6) unter dem Aspekt der Begründungstauglichkeit keinen Bedenken (RIS-Justiz RS0116882).

[5] Soweit die Subsumtionsrüge (Z 10) Feststellungen zur Willenskomponente des § 130 Abs 2 StGB vermisst, dabei aber die genau dazu getroffenen Feststellungen (US 4) übergeht, verfehlt sie den Bezugspunkt materieller Nichtigkeit (RIS-Justiz RS0099810).

[6] Mit der Kritik der Sanktionsrüge (Z 11) an der Nichtannahme weiterer Milderungsgründe wird ein Berufungsvorbringen erstattet (RIS-Justiz RS0099911 [T1]).

[7] Die Nichtigkeitsbeschwerde war daher bei der nichtöffentlichen Beratung sofort zurückzuweisen (§ 285d Abs 1 StPO).

[8] Die Entscheidung über die Berufung kommt dem Oberlandesgericht zu (§ 285i StPO).

[9] Die Kostenentscheidung beruht auf § 390a Abs 1 StPO.

### **Textnummer**

E132845

### **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:OGH0002:2021:0130OS00086.21B.0929.000

### **Im RIS seit**

15.10.2021

### **Zuletzt aktualisiert am**

15.10.2021

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)